

Neue Westfälische vom 02.06.2015, S. 3

## CDU rechnet mit Asylpolitik ab

André Kuper, Fraktionsvize in NRW, warnt vor Stimmungsumschwung

Angesichts des Flüchtlingszustroms hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im NRW-Landtag, André Kuper, eine Aufstockung der Plätze in den zentralen Landesunterkünften angemahnt. In einem Gespräch mit dieser Redaktion warnte Kuper vor einem Stimmungsumschwung in den Kommunen.

■ **Bielefeld** (fpf/los/ch). Vor dem Hintergrund wachsender Asylzahlen hält der CDU-Flüchtlingsexperte das Bundesamt für Migration und Flücht-

linge (BAMF) für „völlig überfordert“. Er rechne mit deutlich mehr Flüchtlingen als den angekündigten 450.000 für dieses Jahr. Daher sei die vom Bund beschlossene Aufstockung um 2.000 Stellen „zwingend nötig“.

Kuper sprach sich dafür aus, die Kommunen zu entlasten. Inzwischen habe etwa eine Stadt wie Essen 8.000 Unterkunftsplätze ausgeschöpft. „Davon sind allerdings 6.000 Plätze von Menschen aus Europa belegt“, beklagte Kuper. In Anbetracht des Drucks, der auf Städten und Gemeinden laste, „müssen wir aufpassen, dass die bisher noch freundliche Stimmung nicht kippt“. Es brauche „dringend zusätzliche Kapazitäten in den

Landeseinrichtungen, um die zur rechtssicheren Prüfung der Anträge notwendige Aufenthaltsdauer auszuweiten“. Überdies müsse das BAMF die Asyl- und Zuwanderungsverfahren beschleunigen.

Der ehemalige Bürgermeister von Rietberg im Kreis Gütersloh empfahl eine „ehrliche“ Auseinandersetzung in der Flüchtlingspolitik. Sofern Antragsteller absehbar wieder zurück in ihre Heimat müssten, „sollte das Land sie nicht auf die Städte und Gemeinden verteilen, sondern in den Landeseinrichtungen die Antragsprüfung vornehmen“. Aussichtsreiche Bewerber sollten dagegen „möglichst schnell in die Kommunen“ übersiedeln, um die Integration voranzutreiben.

Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, hält die CDU die Notwendigkeit einer zentralen Abschiebehaf für diskutabel. In der ehemaligen Justizvollzugsanstalt Büren im Kreis Paderborn dürfen mittlerweile wieder Abschiebehäftlinge untergebracht werden – bisher „leider ein notwendiges Mittel“, erklärte Kuper. „Zwar treten die meisten die Rückreise freiwillig an“, einige Menschen mit rechtskräftig abgelehntem Asylantrag verweigerten sich jedoch einer Abschiebung. „Dann bleibt unserem Staat keine andere Wahl“, sagte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende in NRW. Angesichts des architektonischen Charakters der ehemaligen Strafvollzugsanstalt riet Kuper indes zu Investitionen.



Ehemaliger Bürgermeister von Rietberg: André Kuper, stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender im NRW-Landtag. FOTO: WOLFGANG RUDOLF